Der Skandal globaler Ungleichheit : Armut wurde auf dem G8-Gipfel de-thematisiert

Autor(en): **Altvater, Elmar**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 52

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651585

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Elmar Altvater

Der Skandal globaler Ungleichheit

Armut wurde auf dem G8-Gipfel de-thematisiert*

Die Millennium-Entwicklungsziele reichen von der Beseitigung der extremen Armut und des Hungers (Ziel 1) über bessere Bildung, Gesundheitsversorgung, die Gleichstellung der Geschlechter, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit bis zum Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft (Ziel 8). Die Ziele werden mit Vorgaben konkretisiert und daraus werden Empfehlungen an die Regierungen abgeleitet. Ihr Erreichen soll anhand von Indikatoren überprüfbar sein. Man könnte nun anhand der Daten der diversen globalen Institutionen (von Weltbank bis OECD) und anhand der Analysen von NGOs (vgl. TheDataReport http://www.thedatareport.org/) und Wissenschaftlern überprüfen, inwieweit die „Weltgemeinschaft" es geschafft hat, den indizierten Zielen und damit dem Bild einer gerechten, friedlichen und nachhaltigen Welt näherzukommen. Das Ergebnis einer solchen Prüfung lässt keine Euphorie aufkommen; vielmehr ist die Enttäuschung groß. Denn von den meisten Zielen muss gesagt werden, dass es zur „Halbzeit", also sieben Jahre nachdem sie aufgestellt wurden, und ebenso viele Jahre vor dem Termin ihrer Erfüllung, so aussieht, als ob sie nicht erreicht werden können.

Zum Beispiel ist die ökonomische und soziale Ungleichheit nur in wenigen Weltregionen geringer, in manchen größer geworden. Der Hunger ist noch immer skandalös weit verbreitet. Jährlich werden nach Angaben der FAO bis zu 30 Millionen Hungertote gezählt, darunter 6 Millionen Kinder. Und da die Mittel, dies zu verhindern, zur Verfügung stehen, handelt es sich dabei um Mord, wie Jean Ziegler nicht müde wird aufzurütteln. Auch Unterernährung ist weit verbreitet. Die langfristigen Auswirkungen auf physische Gesundheit und Lernfähigkeit sind äußerst negativ (Braßel/ Paasch 2005, 1473passim) gerade für die gesellschaftliche Entwicklung. Selbst in reichen Industrieländern meldet der Hunger sich zurück, wenn auch vereinzelt. Die FAO vermeldet in einem im Jahre 2006 publizierten Bericht über „Nahrungsunsicherheit" (ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/009/a0750e/a0750e00.pdf), dass die Zahl der unterernährten Menschen seit 2000 trotz der Millenniumsziele und der ehrgeizigeren Ziele der FAO wieder angestiegen ist. Daher ist möglicherweise der Wunsch der Vater des Gedankens, den der Direktor der FAO Jaques Diouf bei der Vorstellung des Berichtes äußerte: „...the race against hunger still can be won". Das mag sein, aber nur dann, wenn die „Regeln des Spiels" der gegenwärtigen Weltwirtschaft geändert werden.

Vor allem aber, und dies zeigen die jüngsten Klimaberichte (Stern-Review und IPCC-Report), ist das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit weit verfehlt – so weit, dass die Gefahr eines Klimakollapses besteht, wenn

nicht sehr schnell große Anstrengungen zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen unternommen werden. Anfang Juni tagten die führenden Staatsmänner (und eine Staatsfrau) der G8 in Heiligendamm. Sie sollten sich mit den Millenniumszielen beschäftigen, die sie selbst im Jahre 2000 auf dem Gipfel von Okinawa aufgestellt haben. Das taten sie nicht, jedenfalls hat die deutsche Ratspräsidentschaft sie nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Dort stand an oberster Stelle der „Abbau der globalen Ungleichgewichte" und nicht etwa die Verringerung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in der Welt (http://www.g-8.de/Webs/G8/DE/Homepage/home.html). Dass „Ungleichgewichte" auch durch soziale Ungleichheit erzeugt werden und dass diese sich zu sozialen und politischen Krisen zuspitzen können, war im offiziellen Programm des Gipfels kein Thema. Die großen Staatsmänner der G8 wagen es nicht, die mächtigen Finanzakteure auf den globalen Finanzmärkten herauszufordern. Hier zeigt sich, in welch beschämende Subalternität sich die politische Klasse der mächtigsten Staaten der Welt gegenüber ökonomischen Mächten begeben, die keinerlei demokratische Legitimation haben. Das ist „globalmonopolistischer Kapitalismus", wie ihn sich die Stamokap-Theoretiker der 1970er Jahre kaum haben vorstellen können.

Auch hat es in Heiligendamm ein glühendes „Bekenntnis der G8 zur Investitionsfreiheit" gegeben, das zur Nachahmung allen Regierungen in aller Welt empfohlen wird. Dabei dürfte die Investitionsfreiheit der transnationalen Konzerne aus den G8-Ländern im Vordergrund stehen. Kanzlerin Merkel geht es auch um den „Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie" und so ist es auch im Abschlusscommuniqué festgehalten, ohne dass die Biopiraterie von Pharmakonzernen aus den Industrieländern in Ländern mit reicher Biodiversität angesprochen worden wäre. Auch die gentechnischen Manipulationen beim Saatgut, durch die die Reproduktionsfähigkeit von Pflanzen und Tieren unter Kontrolle der Saatgut- und Gentechfirmen bleiben soll, sind kein Thema im Dokument des Gipfels. Das gilt auch für die Auswirkung auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die noch immer Lebensgrundlage und Einkommensquelle für Milliarden Menschen ist. An dieser Ungleichbehandlung – Schutz des geistigen Eigentums der großen transnationalen Konzerne und Schutzlosigkeit der Entwicklungsländer gegenüber Biopiraterie und Gentechnik – zeigt sich die Ausrichtung der Gipfelagenda auf die Interessen des Kapitals der Industrieländer. Die Ungleichheit in der Welt wird nicht gemildert, sondern vergrößert. Die G8 sind also inzwischen ein beträchtlicher Bremsklotz bei der Realisierung der Millenniumsziele, die sie einst selbst aufgestellt haben.

In den Schatten gestellt wird die Nonchalance gegenüber den Armen der Welt durch den Klimakompromiss, den die Gastgeberin Angela Merkel als „bahnbrechend" lobte. Aber die fossile und atomare Lobby hat gute Arbeit geleistet. Die G8 legen sich nicht auf konkrete Reduktionsziele fest

und sie lassen auch offen, wie die auch von ihnen als notwendig erkannte Reduktion erreicht werden soll. Es gibt also keine verbindliche Festlegung auf die Reduktion von Treibhausgasen und daher dürfte der Anstieg der Erdmitteltemperatur nicht gebremst werden können. Alle wissen – das deutsche Umweltministerium hat dies auch offiziell erklärt –, dass der Klimawandel vor allem die armen Weltregionen trifft, und dass die reichen Nationen noch über Anpassungspotentiale an den Klimawandel verfügen, die den armen Gesellschaften schlicht fehlen. Dieser Sachverhalt löst einen erneuten Kampf um den „survival of the fittest" aus. Diejenigen, die in küstennahen Regionen die Deiche erhöhen können, passen sich an die Naturbedingungen des Klimawandels an; diejenigen, denen die Mittel zur Aufstockung der Deiche fehlen, gehen unter. Doch bevor sie untergehen, emigrieren sie dorthin, wo die hohen Deiche das Überleben ermöglichen. Doch vielleicht kommt es nicht so dramatisch, mag das Motto der G8 gewesen sein – und wenn doch, dann nach unserer Amtszeit. Après nous le déluge. Doch das ist eine Verniedlichung. Die G8 im gegenwärtigen Zustand sind die Sintflut.

Armut und Reichtum in der Welt

Die Reduktion des Anteils von Menschen an der Weltbevölkerung, deren Einkommen weniger als 1 US$ beträgt, im Zeitraum von 1990 bis 2015 um die Hälfte anzuzielen – das ist eine „trickreiche" Formulierung (Pogge 2006). Denn wenn die Zahl der Armen gleichbleibt oder gar ansteigt, sinkt dennoch deren Anteil infolge des bis 2015 prognostizierten Bevölkerungswachstums. Außerdem ist die Zeitspanne ins Jahr 1990 zur „Großvätergeneration" zurückdatiert worden, um den Zeitraum bis zur Erreichung des Ziels um 10 auf insgesamt 25 Jahre auszudehnen. In China und Indien ist gemäß dieser Zeitrechnung paradoxerweise schon vor der Formulierung der Millenniumsziele im Jahre 2000 das Ziel der Halbierung der Armut erreicht worden. In vielen anderen Weltregionen jedoch wird das Ziel auch 2015 weit verfehlt, insbesondere dann, wenn man eine realistischere monetäre Definition der Armut verwendet: Arm ist, wer weniger als 2 US$ pro Tag zum Leben hat.

Da die Weltwirtschaft von 1990 bis 2006 um spektakuläre durchschnittlich etwa 5 Prozent pro Jahr trotz der hohen Einkommensverluste infolge der Finanzkrisen Lateinamerikas und Asiens gewachsen ist, kann man sich auch ohne statistische Kenntnisse ausrechnen, dass mit der Armut auf einem Pol auch der Reichtum auf dem anderen Pol der Weltgesellschaft gewachsen sein muss; denn vom Zuwachs haben die Armen wenig oder nichts erhalten, die anderen daher umso mehr. Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zwischen Ländern und Weltregionen und innerhalb der nationalen Gesellschaften muss also größer geworden sein, und so ist es. Über die Armut wissen wir einiges, dazu gibt es Statistiken öffentlicher

Institutionen, Berichte des United Nations Development Program, der Weltbank etc. (vgl. z. B. Human Development Report 2006; http://hdr.undp.org). Dort findet man auch Daten zur Verteilung, zu den Anteilen, die die reichsten und die ärmsten 10 Prozent oder 20 Prozent der Bevölkerung am Sozialprodukt erhalten.

Doch wie schon in vorkapitalistischen Zeiten ist der Reichtum eine private Angelegenheit, die Armut öffentliche bzw. „polizeyliche" Aufgabe der globalen „Armenpflege", sprich der Entwicklungszusammenarbeit. Über den Reichtum schweigen sich die öffentlichen Institutionen in aller Regel aus, nicht aber private Anlageberater. Diese stellen für ihre Klientel, also für Banken, Versicherungen und Investmentfonds Informationen über die sogenannten „High Net Worth Individuals" (HNWI) bereit. Gemäß „World Wealth Report" von Merrill Lynch und Capgemini gab es 2005 weltweit 8,7 Mio Personen, die über mehr als 1 Mio US$ an liquidem Finanzvermögen (ohne Berücksichtigung von Immobilienbesitz und anderem Realvermögen, also sozusagen aus der Portokasse) verfügten (http://www.de.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/archiv_2005/wwr/). In den USA werden 2,7, in Europa 2,6 Millionen Dollarmillionäre gezählt. Insgesamt summierten sich die liquiden, also auf rentable Anlage wartenden Beträge auf 33,3 Billionen US$. Die „Ultra-HNWI" mit einem Finanzvermögen von mehr als 30 Millionen US$ waren weltweit 85400 an der Zahl und brachten es auf ein Vermögen von etwa 3 Billionen US$. Die zehn reichsten Personen der Welt können es angesichts dieser Verhältnisse auf ein Einkommen bringen, das so groß ist wie das der 37 Millionen Tansanier zusammengenommen (Küblböck 2006, 144). UNDP beklagt seit Jahren die große und wachsende Ungleichheit global und in einzelnen Ländern, z.B. in Brasilien. Dort verfügen die 10 Prozent Ärmsten über 0,7 Prozent, die reichsten 10 Prozent über 47 Prozent des Nationaleinkommens (UNDP 2005, 56).

Die offensichtliche Fortsetzung der Zunahme der Ungleichheit im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist wie Hohn auf die Hoffnung Eric Hobsbawms, die er am Schluss seines „Zeitalters der Extreme" äußert: Das 21. Jahrhundert müsse das Jahrhundert der Verteilung werden, nachdem das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert des Wachstums war (Hobsbawm 1995). Wachstum hat zwar den Wohlstand insgesamt gesteigert, doch zugleich auch die Ungleichheit vergrößert.

Dies liegt erstens daran, dass Wachstum durch Investitionen zustandekommt und Investitionen der Rationalisierung, also der Abschaffung formeller Arbeitsplätze dienen. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erzwingt Produktivitätssteigerungen („Wettbewerbsfähigkeit" ist ein „Sachzwang") und deren Folge ist, wie schon David Ricardo wusste, die Zunahme der „Überflussbevölkerung". Dies ist der Grund, warum immer mehr Menschen nur noch Beschäftigung im informellen Sektor finden. In Afrika sind es an die 90 Prozent, in Lateinamerika und Asien ca. 60 Prozent und selbst in

den Industrieländern steigt die Zahl der informellen und prekären Beschäftigungsverhältnisse. Das ist nicht nur Folge des Marktmechanismus, sondern auch ein Ergebnis der Politik, die sich dem Ziel der „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit" des Standorts durch Kostensenkung verschrieben hat – wie in Deutschland die Hartz IV-Gesetzgebung zeigt. Daher ist die Zahl der arbeitenden Armen (der „working poor") – das sind nach ILO-Kriterien Menschen, die für weniger als 2US-Dollar pro Tag arbeiten müssen – in Afrika, Lateinamerika, Süd- und Südostasien gestiegen. Die Zahl der arbeitenden Armen in aller Welt verharrt im Zeitraum von 1995 bis 2005 nur deshalb bei etwa 1,4 Milliarden Menschen, weil sie in Ostasien, also vor allem in China zurückgegangen ist, während sie in Südostasien, in Lateinamerika und Afrika angestiegen ist. In Afrika und Südostasien machen die arbeitenden Armen fast 90 Prozent der Gesamtbeschäftigung aus, in Lateinamerika etwa ein Drittel (ILO 2007, http://www.ilo.org/public/english/employment/strat/download/getb07en.pdf). Aber auch im reichen Europa steigt deren Zahl (vgl. Euromemorandum 2006; http://www.memo-europe.uni-bremen.de).

Hinzu kommt zweitens die fatale Wirkung der Funktionsweise der Finanzmärkte auf die Verteilung. In den vergangenen Jahrzehnten haben hohe Realzinsen und extreme Renditen auf Finanzanlagen für einen stetigen Zufluss aus den Zuwächsen des Sozialprodukts in die Vermögensreservoirs der Geldvermögensbesitzer gesorgt. Das ist der Hintergrund der Zahlen über die HNWIs in der Welt. Da wachstumswirksame Investitionen in aller Regel kreditfinanziert werden, ist damit sehr häufig ein Umverteilungsprozess verbunden, nämlich dann, wenn die Realzinsen und Renditen höher als die Wachstumsraten sind. Dies ist seit dem Ende der 1970er Jahre der Fall. Denn die Globalisierung verschärft die Konkurrenz der „Finanzplätze" und Währungen, so dass diese die Zinsen hochhalten müssen, um für Finanzvermögen, das im globalen Raum nach möglichst rentierlicher Anlage sucht, attraktiv zu sein. Unter diesen Bedingungen ist Wachstum entgegen dem Weltbank-Mantra keineswegs immer „good for the poor" (Dollar/ Kraay 2000). Der „growth-channel" vom Wachstum zu Einkommensgewinnen der Armen ist verstopft.

Daran änderte auch das Motto des G8-Gipfels in Heiligendamm nichts, das da lautete: „Wachstum und Verantwortung". Das ist ein Oxymoron ebenso wie das andere von „Wachstum und Nachhaltigkeit". Denn auch die natürlichen „Grenzen des Wachstums" sind zu berücksichtigen. Schon die Endlichkeit der fossilen Energiereserven und die Überlastung der Atmosphäre des Planeten Erde mit klimarelevanten Schadstoffen lassen eine Fortsetzung des Wachstumskurses nicht zu. Dies haben die Berichte über die dramatische Entwicklung des globalen Klimas von Nicholas Stern im November 2006 oder des Intergovernmental Panel on Climate Change im Februar und Mai 2007 unmissverständlich gezeigt (http://www.ipcc.ch). Wer Verantwortung ernstnimmt, kann nicht auf Wachstum orientieren. Statt

des „und" müsste in der G8-Formel also ein „oder" stehen. Das ist jedoch nicht der Fall, und das ist die Tragödie.

Wie die G8 die Millenniumsziele unterlaufen

Armut ist eine Entwicklungsbremse. Denn wenn die Menschen zu arm sind, können sie nicht sparen und aus dem Ersparten Investitionen finanzieren. Die reichen Dollarmillionäre wiederum „fragen zunehmend maßgeschneiderte Lösungen bei Spezialisten" wie Capgemini, Merryll Lynch und anderen Consulting-Firmen nach, um mit ihren Vermögensanlagen höchste Renditen zu erzielen. (http://www.de.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/archiv). Diese erreicht man nicht mit Investitionen in die Realökonomie, sondern mit Finanzanlagen in global operierende und häufig hochspekulative – und daher die Weltwirtschaft destabilisierende, die Armut jedoch stabilisierende – Investment-, Hedge- oder Private Equity-Fonds. Die zu kontrollieren haben die G8 abgelehnt. Der Wallstreet- und der Lombardstreet-Komplex hat sich durchgesetzt.

Obendrein sind die Mitgliedsländer der G8 für hohe Handelsbarrieren und in manchen Fällen verfrühte Öffnungen der inneren Märkte von Entwicklungsländern verantwortlich, wie ihnen selbst in der WTO seit der Konferenz in Cancún 2003 vorgeworfen wird. Überlegene Konkurrenten aus den Industrieländern zerstören die Ansätze einer heimischen Industrie in den Entwicklungsländern. Wenn dann noch die Qualität des Landes durch ökologische Katastrophen beeinträchtigt wird, wenn der Anstieg der Produktivität zum Stillstand kommt, wenn die Bevölkerung übermäßig wächst (so die Liste von Entwicklungsblockaden bei Jeffrey Sachs 2005, 72ff) und wenn die Überschüsse nicht ausreichen, um den Schuldendienst zu leisten, dann ist die ökonomische und soziale Entwicklung behindert. Diejenigen Länder, die es geschafft haben und bereits oben angekommen sind, können der Regel folgen, die der britische Autor Ha-Joon Chang zum Titel eines vielgelesenen Buches erkoren hat: „Kicking away the ladder" (Chang 2000). Die Regierungen dieser Länder im Verein mit den Wirtschaftseliten stürzen die Leiter um, damit die Nachzügler erst gar keine Chance haben, den Fuß auf die erste Sprosse zu setzen. Denn im Olymp der reichen, erfolgreich industrialisierten Länder ist der Platz eng. Nicht alle können so reich werden wie die erfolgreichen Nationen und sich am göttlichen Manna des ökonomischen Wohlstands laben. Der Wirtschaftswissenschaftler Roy Harrod hat schon in den 1950er Jahren geschrieben, dass es sich bei dem westlichen Wohlstandsmodell um ein „oligarchisches Gut" handelt (Harrod 1958), zu dem nicht alle Menschen und Gesellschaften Zugang haben. Es ist also exklusiv und die Exklusivität wird von dem G8-Club der wohlständigen Oligarchen verteidigt.

Diese Schlussfolgerung erntet verbreiteten Widerspruch. Jeffrey Sachs, der Sonderberater von Kofi Annan und Direktor des Earth-Institute der

Columbia University in New York, verspricht fünf Jahre nach der Deklaration der Millenniumsziele „Das Ende der Armut", wenn man dem von ihm vorgeschlagenen „ökonomischen Programm für eine gerechtere Welt" (so der Titel seines Buches, 2005) folgen würde. Es enthält die Forderung nach Öffnung der Güter- und Dienstleistungsmärkte, nach liberalisierten und deregulierten Finanzmärkten. Sachs will auch an den Institutionen des derzeitigen globalen Regelsystems, an Welthandelsorganisation, Weltwährungsfonds, Weltbank und wohl auch Weltwirtschaftsforum von Davos und G8 festhalten. Auch wenn er sich über manche Entwicklungsblockade im Klaren ist, kritisiert er daher die sogenannten „Globalisierungsgegner", die sich zeitgleich mit dem Davoser Elitentreff in Porto Alegre, Bombay, Caracas, Bamako oder Nairobi treffen, wegen ihres „antikapitalistischen Affekts". Ihm behagt nicht, wenn sie die Aktivitäten transnationaler Konzerne, die Politik von Welthandelsorganisation oder von Weltwährungsfonds und Weltbank grundsätzlich, und daher an die Wurzeln gehend radikal kritisieren. Doch weiß auch er, dass auf Dauer die Gleichzeitigkeit von Armut und Reichtum und daher die globale Ungleichheit nicht tolerabel und daher höchst konfliktträchtig sind.

Wenn die Gegensätze von arm und reich in der „Einen Welt" zu groß werden, dann befürchten Politiker aus den G8-Staaten, dass diese der Rekrutierung von „Terroristen" Vorschub leisten könnten. Also wird den Ländern des Südens „gute Regierungsführung" ohne Korruption, die Errichtung demokratischer Institutionen und Prozeduren angeraten und als Gegenleistung des Nordens wird eine Öffnung von Märkten für die Produkte des Südens und die Erfüllung des seit inzwischen mehr als 30 Jahren vorgegebenen Ziels versprochen, mindestens 0,7 Prozent des Sozialprodukts der Industrieländer für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen.

Die Entwicklungshilfe der DAC-Länder, die 2005 etwa 107 Mrd US$ betrug und damit 0,33 Prozent des Bruttosozialprodukts, also weniger als die Hälfte des seit den 1970er Jahren angepeilten Ziels von 0,7 Prozent erreichte, soll aufgestockt werden. Im Gegenzug wird in einer sogenannten „Reformpartnerschaft" (von afrikanischen Staaten, aber anderen Ländern der „Dritten Welt" droht Ähnliches) erwartet, dass sie „Strukturen entwickeln, die private Investitionen erleichtern. Also mehr Demokratie, weniger Korruption, mehr Eigenverantwortung, mehr Souveränität über Rohstoffe". Das ist die ziemlich unverblümte Aufforderung an afrikanische Länder, sich zur Ausbeutung durch „private Investoren", sprich transnationale Unternehmen" zu öffnen und für die Herren aus dem Norden hübsch zu machen. Susanne Söderberg hat dieses Programm, das auch den US-amerikanischen „Millenium Challenge Account" charakterisiert als „an attempt to 'embed' the values and norms of neoliberalism (e.g., market freedom and rule of law) in the rapidly deteriorating social, political and economic life in the 'non-integrating' Gap", als seine Art „pre-emptive development strategy" bezeichnet (Söderberg 2004)

Die Erwartung der G8 von „mehr Souveränität über Rohstoffe" könnte fast als zynisch interpretiert werden. Mehr Souveränität über die Pipelines von Shell in Nigeria? Mehr Souveränität über die küstennahen Gewässer in Westafrika gegen die europäischen Fangflotten, die den Ozean leerfischen? Souveränität über die Migrationsrouten der arbeitslos gewordenen westafrikanischen Fischer, wenn europäisches Militär die „Festung" sichert? Souveränität über die Ökonomie, wenn die Märkte für die mächtigen Konkurrenten aus den Industrieländern geöffnet werden müssen? Souveränität über die Bedingungen der Förderung der Blutdiamanten in Sierra Leone? Souveränität gibt es nur auf einem ebenen Spielfeld, einem „level playing field", also dann, wenn nicht ein lahmender Hungerleider mit einem wohlgenährten Sprintathleten um die Wette laufen muss, und dann noch der Lahme steil nach oben, der Athlet leicht nach unten.

Der ökologische Fußabdruck

Das Niveau des Naturverbrauchs (von natürlichen Ressourcen wie Energieträgern, Rohstoffen, Flächen, und von natürlichen Senken für die Emissionen) ist selbst bei Null- oder Minus-Wachstum in den Industrieländern seit langem zu hoch. Der „ökologische Fußabdruck" hinterlässt Spuren der Umweltzerstörung. Die Tragfähigkeit der Sphären des Planeten Erde wird überlastet. Das wissen viele, und viele ahnen es. Klimatische Veränderungen infolge der Belastung der Atmosphäre als Deponie der Verbrennungsprodukte fossiler Energieträger zeigen dies ebenso wie die Verwüstung von Landstrichen, das Verschwinden oder die Vereinseitigung der Wälder durch übermäßigen Holzeinschlag, Brandrodungen und monokulturelle Aufforstung. Außerdem besteht die Gefahr, dass die unvermindert fortgesetzte Auslöschung von Arten dem Evolutionsprozess eine Richtung gibt, in der die Fortexistenz des gegenwärtigen Lebens insgesamt gefährdet ist.

Die Ungleichheit des ökologischen Fußabdrucks zwischen den Weltregionen und in den einzelnen Ländern verdeutlicht, dass dieser offensichtlich mit der Verteilung von (monetären) Anrechten auf Naturverbrauch zu tun hat, dass mit dem Diskurs von ökologischem Fußabdruck und Umweltraum also Verteilungs- und Gerechtigkeitsprobleme verbunden sind (dazu vgl. beispielsweise Pogge 2005). Schon Ende der 1960er Jahre ist der Auffassung vom grenzenlosen und durch die Natur des Planeten Erde nicht begrenzten Wachstum von Kenneth Boulding (1966) entgegengehalten worden, dass der von Produktion und Konsumtion genutzte „Umweltraum" nicht größer als der Planet Erde sein kann. Mithin gibt es auch unbezweifelbare Grenzen des ökonomischen Wachstums. Auf die Übernutzung der Natur im industriellen Kapitalismus hat Nicholas Georgescu-Roegen bereits im Jahre 1971 hingewiesen, indem er, an die naturvergessene Ökonomie gewandt, die thermodynamischen Gesetze in Erinnerung gerufen hat, noch bevor der erste Bericht des Club of Rome erschienen ist.

Seit dieser Zeit datiert auch eine ökologische Ökonomie, die den Versuch macht, in ökonomische Diskurse die natürliche Bedingtheit des Wirtschaftens explizit einzubeziehen. Damit wird gewissermaßen der Marxschen Herangehensweise in der „Kritik der politischen Ökonomie" Rechnung getragen, dass alles Wirtschaften eine wertmäßige und eine stofflich-natürliche Seite hat. Seriöse ökologische Ökonomie kann daher gar nicht anders, als sich mit der Marx'schen Theorie auseinanderzusetzen (vgl. Burkett 2006), zumal Marx nicht nur die sozialen Verhältnisse in der kapitalistischen Produktionsweise analysierte, sondern diese als gesellschaftliches Naturverhältnis konzipierte. Daher sind die zunächst als äußere Schranken erscheinenden natürlichen „Grenzen des Wachstums" immanenten Widersprüchen von Gesellschaft und Natur geschuldet. Folglich müssen diese in jeder Analyse der kapitalistischen Entwicklungsdynamik Berücksichtigung finden (vgl. dazu Altvater 2005).

Neoklassisch orientierte Ökonomen werden an dieser Stelle den Trost verbreiten, dass dann, wenn „Naturkapital", z.B. die kapitalisierten Ölreserven, knapp werden, die Preise steigen und Substitutionsprozesse mit positiven ökologischen Effekten ausgelöst werden. Außerdem habe es in der Menschheitsgeschichte immer Lösungen für von den Menschen selbsterzeugte Probleme gegeben. Die Menschheit sei eben erfinderisch und lernfähig, und dies sollten Wachstumspessimisten gefälligst zur Kenntnis nehmen. Ein saudi-arabischer Ölminister wird daher sehr häufig und mit Häme mit dem Wort zitiert, dass das Ölzeitalter ebensowenig am Mangel von Öl scheitern werde, wie die Steinzeit nicht aus Mangel an Steinen zu Ende gegangen sei. Die Ökonomie des Mainstream geht daher wie selbstverständlich von der Annahme aus, soziale oder natürliche Grenzen des Wachstums seien noch längst nicht erreicht und daher für den wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Diskurs belanglos und folglich uninteressant. Aus der Chaostheorie ist ja bekannt, dass fernab von Grenzen Veränderungen des Systems wenig belangvoll seien und dass man ihnen erst dann Rechnung zu tragen habe, wenn man sich den Grenzen annähere.

Der ökologische Verweis auf Grenzen des Wachstums wird daher als störend wahrgenommen, weil er den methodischen Ausgangspunkt der Ökonomie als Wissenschaft in Frage stellt: den „methodologischen Individualismus". Gibt es Grenzen des Umweltraums, dann sind Effekte des menschlichen Tuns auf Natur und Gesellschaft in Rechnung zu stellen, die nicht mehr mit der Annahme von einem individueller Rationalität folgenden Homo oeconomicus bearbeitet werden können. Eine irreparable Naturschädigung bleibt auch dann ein Schaden, wenn dafür monetäres Entgelt gezahlt werden muss (externe Effekte werden monetär internalisiert). Doch die ökonomische, monetäre Kompensation lässt die Natur kalt. Sie folgt einer anderen Entwicklungsbahn als das ökonomische System. Diese kennt nur irreversible Prozesse in gerichteter Zeit und einen Anstieg der Entropie.

In der Ökonomie herrscht stattdessen das Prinzip der spiralförmigen Zirkularität ((sehr schön kommt dies im englisch-sprachigen Begriff für Kapitalerträge, für Profit zum Ausdruck: „returns on capital"), der Ökonomie der Zeit, der monetären Kompensierbarkeit von natürlicher Entropiesteigerung.

Ungleichheit wird in globaler Apartheid zur Ungerechtigkeit

Man kann mit guten Gründen bezweifeln, dass mit mehr Entwicklungshilfe aus dem Norden und mit besserer „Regierungsführung" im Süden eine gerechtere Welt im Hinblick auf Einkommensverteilung und Naturnutzung entsteht. Das sind die Rezepte, die seit Jahrzehnten verabreicht worden sind und die als „Konsens von Washington" zumindest in den Ländern des Südens einen schlechten Ruf haben. Denn sie haben die Ungleichheit der globalen Einkommens- und Vermögensverteilung erhöht und viele Menschen in prekäre Arbeit verdrängt oder arbeitslos gemacht. Ungleichheit wird bis zu einem gewissen Maß, das in Ländern und Kulturen unterschiedlich ist, toleriert. Wenn aber das akzeptable Maß überschritten wird, wird Ungleichheit als ungerecht empfunden und provoziert Widerstand.

Dies ist zumal dann der Fall, wenn sich die Ungleichheit nicht nur monetär geltend macht, sondern auf dem Arbeitsmarkt, beim Zugang zu Ressourcen, bei den Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und der politischen Gestaltung erfahren wird – und wenn sie ersichtlich trotz schöner Reden und Programme in überschaubaren Fristen nicht abgebaut werden kann. Offensichtlich sind dafür Strukturen der Weltwirtschaft verantwortlich, an denen hartnäckig festgehalten wird. Denn „wir", so Angela Merkel am 24.1.2007 in ihrem Eröffnungsvortrag auf dem Weltwirtschaftsforum von Davos, „wir (sind) die angestammten Spieler". Stammplätze erbt man, man kann sie sich unter bestimmten Umständen kaufen, manchmal muss man sie auch mit Gewalt gegen „Usurpatoren" verteidigen. Die Exklusivität des Oligarchenclubs G8 wird mit dieser Selbstbeschreibung in wünschenswerter Klarheit proklamiert. Kein Zufall dann, dass in vielen Vorab-Erklärungen zum G8-Gipfel von den Millenniumszielen keine Rede war. Die globale Apartheid, die sich mehr und mehr abzeichnet, wird zwar verbal abgelehnt, aber dennoch, manchmal resigniert, manchmal bewusst hingenommen.

Schließlich wissen die herrschenden Eliten, die heute viel gebildeter sind als ihre Vorgänger (allerdings gibt es Ausnahmen, und die betreffen auch die führende Weltmacht!), dass die Armen sehr selten revolutionär sind, weil die Organisation ihres schweren und manchmal gar elenden Alltagslebens ihre emanzipatorischen Energien bindet. Wer jeden Tag 7 Kilometer laufen muss, um sich Wasser zu holen, wer stundenlang in den trostlosen Fluren der Arbeitsverwaltung warten muss, hat keine Zeit und Energie mehr, um zu demonstrieren oder für politische Alternativen zu

streiten. Gegen die dennoch ausbrechenden Revolten hilft allemal in 99 von 100 Fällen die bewaffnete Staatsgewalt, zumal wenn die Regierungen der G8 politische, ökonomische und manchmal auch militärische Hilfe leisten und in den Medien sehr schnell und oberflächlich der „internationale Terrorismus" als Schurke im Spiel ausgemacht werden kann.

Das war einer der guten Gründe für den erfolgreichen Protest gegen den G8-Gipfel, weil eine Welt, die so mit ihren Konflikten umgeht, wie die G8 dies in ihrem Communiqué festgehalten haben, die Zukunft nicht nur der G8 verspielt.

* Der nachfolgende Text basiert in Teilen auf: Elmar Altvater: Der Abbau globaler Ungleichheit findet nicht statt. In: Melber, Henning/ Wilß, Cornelia (Hrsg.): G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird, Brandes & Apsel, Frankfurt/M., 12 – 20. 2007.

Literatur

Altvater, Elmar, 2005: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Münster

Boulding, Kenneth, 1966: The Economics of the Coming Spaceship Earth, in Jarrett, Henry (ed.): Environmental Quality in a Growing Economy. Baltimore

Burkett, Paul, 2006: Marxism and Ecological Economics, Historical Materialism 11. Leiden/ Boston

Chang, Ho-Jong, 2002: Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective. London

Dollar, David/ Kraay, Aart, 2000: Growth Is Good for the Poor, Development Research Group of the World Bank (www.worldbank.org/research; download June 2000)

Georgescu-Roegen, Nicholas, 1971: The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge (Mass.)/ London

Harrod, Roy, 1958: The Possibility of Economic Satiety – Use of Economic Growth for Improving the Quality of Education and Leisure. In: Problems of United States Economic Development (Committee for Economic Development, Vol. I) New York, 207-213

Hobsbawm, Eric, 1995: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Wien/ München

ILO, 2006: International Labour Office, Global Employment Trends Brief, January 2007

Küblböck, Karin, 2006: Schmerztherapie statt Ursachenbekämpfung? – Eine strukturelle Kritik an den Millennium-Entwicklungszielen. In: Nuscheler, Franz/ Roth, Michèle (Hg): Die Millennium-Entwicklungsziele, (Stiftung Entwicklung und Frieden) Bonn, 138-154

Pogge, Thomas W., 2006: Eröffnungsrede, Dokumentation der Veranstaltung „Soziale Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt – Utopie oder realisierbares Ziel?", 30.11. – 1.12. 2006, Bonn, Stiftung Entwicklung und Frieden

Sachs, Jeffrey, 2005: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechte Welt. München

Söderberg, Susanne, 2004: Das amerikanische Empire und die „ausgeschlossenen Staaten". In: Prokla Nr. 135, Münster

UNDP, 2006: Human Development Report 2005, Oxford